

Wahlbündnis für den 18. März

Allianz für Deutschland

Die CDU in der DDR, der Demokratische Aufbruch (DA) und die Deutsche Soziale Union (DSU) haben sich am Montag in einem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl auf die Bildung eines Wahlbündnisses für die Volkskammerwahlen am 18. März verständigt.

Generalsekretär Volker Rühle hat die Überwindung der Zersplitterung im nicht-sozialistischen Lager eine historische Entscheidung genannt und der Allianz gute Wahlchancen eingeräumt.

Da einer der Schwerpunkte des bevorstehenden Wahlkampfes die Wirtschaftspolitik sein wird, werden vor allem Parteien die Zustimmung der Wähler erhalten, die am glaubwürdigsten für die Soziale Marktwirtschaft eintreten. Das trifft — so Rühle — ganz besonders auf die Parteien der Allianz für Deutschland zu, weil sie als einzige nicht in dem Verdacht stehen, irgend etwas mit Sozialismus zutun zu haben. Sie sind auch am glaubwürdigsten, was ihren Einsatz für die deutsche Einheit angeht.

Völlig unverständlich ist für den Generalsekretär die Entscheidung vom Runden Tisch gegen einen Rednereinsatz aus der Bundesrepublik Deutschland. In einem freiheitlichen Staat mit unabhängigen Parteien muß es nach den Worten Rühes Sache dieser einzelnen Parteien sein, wie sie ihren Wahlkampf organisieren. Dazu gehöre auch das Recht, Politiker als Redner zu Veranstaltungen einzuladen.

HEUTE AKTUELL

● Wahlen in der DDR

Aus nationaler Verantwortung — eine Allianz für Deutschland. Seite 3

● Europa

Bundeskanzler Helmut Kohl: Europa — Die Zukunft aller Deutschen. Seite 4

● Sozialismus

Vergleich der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Zahlenspiegel. Seite 9

● Information

CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Büro in Berlin findet lebhaftes Interesse. Seite 15

● Berlin

Rot-grüner Senat hat blühende Forschungslandschaft übernommen. Seite 16

● Innere Sicherheit

Leitsätze zu Aufgaben und Arbeitsbedingungen der Polizei. Seite 17

● Öffentlichkeitsarbeit

Außenwerbung im Wahlkampfjahr 1990. Seite 22

● Dokumentation

Sozialpolitische Herausforderung in Deutschland. Grüner Teil

Stasi-Rente

Warum auf einmal diese Fürsorge?

Völlig unverständlich hat der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU, Hermann-Josef Arentz, die SPD-Kritik an der Streichung der Rente für Stasi-Agenten genannt: Sie stehe im krassen Gegensatz zu anderen Äußerungen führender SPD-Politiker.

Besonders pikant ist nach den Worten von Arentz die Fürsorge für Stasi-Agenten unter dem Gesichtspunkt, daß Lafontaine und die SPD auf der einen Seite mit demagogischen Tricks die Stimmung gegen Aus- und Übersiedler schüren und Rentenzahlungen für alle Aus- und Übersiedler in Frage stellen, während jetzt dieselbe SPD die Stasi-Unterdrücker in den Genuß einer lebenslangen Rente kommen lassen will.

Offensichtlich ist es der SPD bei ihrer kaum noch zu überbietenden Polemik gegen die Bundesregierung und Arbeitsminister Norbert Blüm egal, daß es dem Grundsatz der Rentengerechtigkeit und des Fremdrentengesetzes entspricht, nur den Unterdrückten und nicht den Unterdrückern zu helfen. Die SPD muß sich jetzt entscheiden, ob sie sich solidarisch mit den jahrzehntelang unterdrückten Deutschen erklärt oder ob sie sich auf die sozialpolitische Fürsorge für die Unterdrücker konzentrieren will. ■

Pressestimmen

Wahlkampf in der DDR

Umtäufer Gysi und seine PDS (SED) können sich ins Fäustchen lachen. Am „Runden Tisch“ besorgen ihnen unpolitische Amateure das Geschäft. Gegen den Widerstand der DDR-SPD, der Ost-CDU, der LDPD und des Demokratischen Aufbruchs — der ernst zu nehmenden politischen Kräfte also — beschloß man, daß Bundespolitiker im DDR-Wahlkampf nicht auftreten sollen.

Kölnische Rundschau

Der gestrige Schnellschuß des Runden Tisches — oder jedenfalls einer bestimmten Tischkante — gegen den Auftritt Bonner Wahlhelfer war nicht gerade ein Beweis praktischer Toleranz. Man kann keinen Parteienpluralismus entwickeln wollen und den einzelnen Parteien gleichzeitig vorschreiben, wen sie zum Wahlkampf einladen sollten und wen nicht. Die Bonner Politiker werden sich denn auch, quer durch die Parteien, nicht an das zweifelhafte Auftrittsverbot stören und kommen, sofern man sie einlädt.

General-Anzeiger, Bonn

Das Volk in der DDR wird auch in dieser Beziehung rasch das Urteil sprechen. Die Säle füllen werden bestimmt nicht unbekannte Neu-Politiker oder diskreditierte SED-Leute, sondern die Wahllokomotiven aus der Bundesrepublik. Für das Volk sind sie in diesem herabgewirtschafteten Gemeinwesen die einzigen Hoffnungsträger. Frankfurter Allgemeine Zeitung

DDR: Probleme mit Wählerliste

Die zuständigen Behörden in der DDR haben offenbar Schwierigkeiten, bis Ende Februar genaue Namenslisten der Bürger für die Wahlen am 18. März aufzustellen. Das teilte der Ost-Berliner Polizeipräsident Generalmajor Dirk Bachmann, mit. Allein in Ost-Berlin hätten etwa 5 000 DDR-Bürger seit Januar die DDR ohne Registrierung verlassen.

Aus nationaler Verantwortung – eine Allianz für Deutschland

Die folgende Vereinbarung einer „Allianz für Deutschland“ wurde am 5. Februar in Berlin in Anwesenheit des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, verabschiedet:

1. Die Vorstände der Parteien „Demokratischer Aufbruch sozial und ökologisch“, „Deutsche Soziale Union“ und das Präsidium der „Christlich Demokratischen Union Deutschlands“ verständigen sich für die Volkskammerwahl auf eine „Allianz für Deutschland“.

2. Die Parteien verfolgen den politischen Zweck, durch einen hohen Wahlerfolg die **Bildung einer Regierung der Allianz** zu ermöglichen.

3. Die **Identität jeder Partei** hat in der

Allianz **Priorität**. Die Parteien sind politisch **unabhängig und eigenständig**.

4. Jede Partei verwendet unter dem Begriff „Allianz für Deutschland“ **ihren eigenen Parteinamen**.

5. Jede Partei **nominiert ihre Kandidatinnen und Kandidaten** für jeden Wahlkreis **eigenständig**; **Listenverbindungen** sind mit Zustimmung der Vorstände der Parteien **möglich**.

6. Die Parteien erklären ihre Bereitschaft, **sich auf regionaler und zentraler Ebene zu unterstützen**. Einzelheiten legen die Parteivorstände in eigener Verantwortung fest.

7. Die an der Allianz Beteiligten erklären ihre Bereitschaft, **für weitere demokratische Parteien offen zu sein**, deren Aufnahme nur durch einstimmigen Beschluß möglich ist.

Alfred Dregger dankt dem Bundeskanzler

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Alfred Dregger, hat in der Fraktionssitzung am 6. Februar unter großem Beifall dem Bundesvorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, für dessen erfolgreiche Verhandlungen mit den Führungen der Ost-CDU, des Demokratischen Aufbruchs und der DSU über die Bildung eines Wahlbündnisses gedankt.

Die Bezeichnung „Allianz für Deutschland“ nannte Dregger „stark – viel stärker als jede andere denk-

bare Bezeichnung und stärker als SPD“.

Als „heuchlerisch und unerträglich“ hat Dregger den Versuch des SPD-Vorsitzenden Vogel zurückgewiesen, die demokratische Gesinnung der Männer an der Spitze der erneuerten Ost-CDU und der beiden Allianz-Parteien in Zweifel zu ziehen. Die Union werde es nicht zulassen, daß diese Männer von den „Wendehälsen der SPD in Ost und West madig gemacht werden“. Die SPD erinnerte Dregger an ihre „Anbiederung an die SED und an ihren vertraulichen Umgang mit Honecker und den anderen Größen seines Regimes“.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Europa – Die Zukunft aller Deutschen

Unser alter Kontinent Europa ist wieder da — mit neuer Kraft und neuem Selbstbewußtsein. Wir haben die düsteren Prognosen der siebziger und frühen achtziger Jahre über eine drohende „Eurosklerose“ widerlegt. Heute steht Europa im Zentrum des weltpolitischen Geschehens. Es ist wieder Subjekt — und nicht mehr nur Objekt der Weltpolitik.

Die Europäische Gemeinschaft wuchs immer mehr zusammen. Tiefgreifende politische, wirtschaftliche und soziale Reformen in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas prägen die Schlagzeilen.

In der Mitte Europas, in Deutschland, erleben wir die erste friedliche Revolution unserer Geschichte. Die Frage der deutschen Einheit steht unübersehbar auf der Tagesordnung.

Die von Stalin den Völkern Europas aufgezwungene Nachkriegsordnung zerfällt. Etwas Neues tritt hervor. Wir Europäer stehen in geschichtlicher Verantwortung, die Entwicklung zum Guten zu wenden.

Wer an dieser wahrhaft geschichtlichen Wende dem Status quo nachtrauert oder ihn sogar mit Stabilität gleichsetzt, verkennt die Lehre des vergangenen Jahres: Nichts destabilisiert mehr als verweigerte Reformen!

Die Entwicklungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa kommen den Zielen und Wertvorstellungen freiheitlicher Demokratien entgegen: Menschenrecht und Menschenwürde; freie Selbstbestimmung, freiheitliche Gesellschaftsordnung; Privatinitiative; Marktwirtschaft. Diese Ziele sind Bauelemente einer zukünftigen gesamteuropäischen Friedensordnung, die die Trennung Europas

Bundeskanzler Helmut Kohl hat auf dem World Economic Forum in Davos am 3. Februar 1990 zum Thema „Europa — Die Zukunft aller Deutschen“ eine aufsehenerregende Rede gehalten. Wir bringen den Text in gekürzter Fassung.

und damit die Trennung Deutschlands überwinden soll. Wir sind deshalb gut beraten, Kurs zu halten. Wir müssen unsere bewährten politischen Grundlinien zugleich nüchtern und zukunftsgerichtet fortschreiben.

Erstens: Die Bundesrepublik Deutschland steht unverbrüchlich zur Atlantischen Allianz, zur Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien, deren Werte wir teil-

len und die unsere Sicherheit verbürgt.

Eckstein dieses Bündnisses ist und bleibt für uns die Freundschaft mit den USA. Wir nehmen die Einladung Präsident Bushs zur Partnerschaft in der Führungsrolle als ernste Verpflichtung wahr. Wir befürworten engste Abstimmung zwischen USA und Europäischer Gemeinschaft.

Wir stehen heute vor ähnlich bedeutsamen Herausforderungen wie zu Zeiten des Harmel-Berichts: Ging es damals um die Überwindung des kalten Krieges, so geht es heute um die künftige Sicherheitsarchitektur Europas als Schlüsselement einer künftigen europäischen Friedensordnung.

Der Abrüstungsprozeß muß beschleunigt werden. Nicht zuletzt muß kluge Politik Spannungsursachen endgültig überwinden, Mißtrauen abbauen und ein neues, festes Fundament des Vertrauens legen.

Die jüngsten Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen in Genf und vor allem in Wien und die erstmalige Erörterung der Militärdoktrinen von Ost und West zeigen in die richtige Richtung:

- Wenn die Strategie erkennbar ihren Offensivcharakter ablegt,
- wenn der Umfang der konventionellen Rüstungen in Europa Überraschungsangriffe und raumgreifende Offensiven ausschließt,
- wenn die beiderseitigen Nuklearpotentiale strikt vom Prinzip gegenseitiger, gesicherter Abhaltung bestimmt und entsprechend vermindert werden, dann können und müssen sich beide Bündnisse stärker als bisher neuen, übergreifenden politischen Zielen zuwenden: Von der gemeinsamen Überprüfung von Abrüstungsvereinbarungen über gemeinsame Institutionen der Krisenverhütung bis hin zu gemeinsamen sicherheitspoliti-

schen Beratungsforen, einschließlich regelmäßiger Begegnungen auf höchster politischer Ebene.

Eine Gipfelkonferenz der 35 KSZE-Staaten, die für den Herbst dieses Jahres vorgeschlagen ist, kann hier Pionierdienste leisten:

- Durch Unterzeichnung konkreter Abrüstungsvereinbarungen,
- durch Verabschiedung von Mandaten für weitere Verhandlungen und
- durch erste Schritte zu gesamteuropäischen Sicherheitsinstitutionen, insbesondere im Bereich der Verifikation.

Zweitens: Die Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt in der Europäischen Gemeinschaft fest verankert. Zusammen mit Frankreich versteht sie sich auch künftig als Motor der Integration.

Unsere Hauptziele sind klar:

- Wir wollen den Binnenmarkt 1992 vollenden.
- Wir wollen, daß noch in diesem Jahr die Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion zusammentritt. Im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion muß auch das Europäische Parlament mehr Rechte bekommen.
- Wir bleiben unserem Ziel der Politischen Union verpflichtet.
- Wir wollen die Europäische Gemeinschaft als Modell des Zusammenschlusses freier Völker, als Kern einer künftigen europäischen Friedensordnung dynamisch fortentwickeln.

Drittens: Die Europäische Gemeinschaft muß und wird offenbleiben:

- offen sowohl gegenüber unseren Partnern in Nordamerika und Fernost und in der Dritten Welt; offen für ein freies Welthandelssystem, fremd jedem Festungsdenken;

● offen aber auch für die Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Sie darf nicht an der Elbe enden.

Gefordert ist eine konkrete Perspektive, das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil unseres Kontinents auszugleichen. Dazu sind fünf Maßnahmen vorrangig:

Wir müssen einen nachhaltigen Zustrom von Investitionen in die Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas lenken. Dazu gehören von seiten der Empfängerstaaten gesetzliche Regelungen, die der unternehmerischen Entscheidung den gebührenden Freiraum lassen.

Dazu gehören von seiten des Westens — als Hilfe zur Selbsthilfe — staatliche und gemeinschaftliche Kredithilfen.

Ich begrüße die Gründung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Hinzu kommen müssen Ausbildungsmaßnahmen für Fach- und Führungskräfte der Wirtschaft.

Wir müssen den Transfer von Technologien erleichtern und dazu die COCOM-Liste entscheidend kürzen. Ich begrüße nachdrücklich, daß Präsident Bush hierzu bereit ist.

Wir müssen die Reformstaaten, die dies wünschen, enger und dauerhafter an die Europäische Gemeinschaft heranführen. In Frage kommt dafür eine Vielfalt von Formen, darunter die Assoziation. Die Vereinbarungen, die die Europäische Gemeinschaft zur Zeit mit den EFTA-Ländern ausarbeitet, können eine Pilotfunktion übernehmen.

Auch in diesem Bereich wird die KSZE eine gewichtige Rolle spielen müssen. In wenigen Wochen beginnt in Bonn auf Grund einer Initiative, die ich 1986 ergriffen habe, die Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Sie muß in Richtung eines dynamischen

und prosperierenden gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes wirken,

● in dem Handel und Wandel so frei wie möglich sind und

● in dem der Initiative des einzelnen neue Gestaltungsräume geschaffen werden.

Ich habe in meiner Zehn-Punkte-Erklärung erste Vorschläge für eine Institutionalisierung im Bereich der Umwelt und der Wirtschaft unterbreitet.

Die wirtschaftlichen Anstrengungen müssen ergänzt werden durch Bemühungen einen gesamteuropäischen Rechtsraum und Menschenrechtsstandard zu schaffen. Der Europarat könnte die geeignete Institution dafür sein.

Der Wandel in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu mehr Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft wird auch in anderen Regionen der Welt mit größtem Interesse verfolgt. Er zeigt auch dort Wirkung. Ich sehe darin ein Zeichen der Hoffnung.

Zugleich weckt er in der Dritten Welt auch Befürchtungen, daß wir Europäer uns von ihr und ihren Problemen abwenden könnten. Solche Befürchtungen sind unbegründet.

Gerade für uns Deutsche gilt: So wie uns in schwerer Zeit geholfen wurde, so erwiesen und erweisen auch wir praktische Solidarität.

Ich habe bewußt diese Vorstellungen über

● **bündnisübergreifende Sicherheitsstrukturen**

● **die zielstrebige europäische Einigung und**

● **die verstärkte Zusammenarbeit zwischen West und Ost**

an den Anfang gestellt. Denn in diesem Rahmen — und nicht abge-

löst davon — verfolgt die Bundesregierung ihre Deutschlandpolitik.

„Einheit und Freiheit Deutschlands“ in freier Selbstbestimmung, das ist unser Ziel, so wie dies bereits 1949 unser Grundgesetz verkündete. Bereits damals, vor mehr als 40 Jahren, wurde der Weg zur deutschen Einheit verbunden mit dem Bekenntnis zur europäischen Einigung und mit der Verpflichtung, dem Frieden in der Welt zu dienen. An dieser Zielsetzung hat sich bis heute nicht ein Jota geändert. Sie entspricht den Wünschen und Hoffnungen der überwältigenden Mehrheit aller Deutschen.

Die dynamischen Entwicklungen in der DDR seit dem Herbst 1989 eröffnen heute die Perspektive, daß wir Deutsche dieses Ziel erreichen. Mit meinen zehn Punkten zur deutschen Einheit habe ich eine organische Entwicklung vorgezeichnet, wie die künftige Architektur Deutschlands in die künftige Architektur Europas einzubetten ist.

Mit seinen jüngsten Vorschlägen bekennt sich nun auch Ministerpräsident Modrow eindeutig zum Ziel, die staatliche Einheit Deutschlands auf der Grundlage freier Selbstbestimmung herzustellen. Über die einzelnen Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit werden wir uns mit einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung in der DDR verständigen. Die Bundesregierung ist darauf vorbereitet, die Gespräche unverzüglich nach dem 18. März aufzunehmen.

Lassen Sie mich mit aller Klarheit feststellen:

1. Entscheidend ist die freie Selbstbestimmung: Wir Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland werden jede Entscheidung der Deutschen in der DDR — wie immer sie ausfällt — respektieren.

Ich habe aber keinen Zweifel, wie sie ausfallen wird.

2. Wir wollen keine deutschen Alleingänge oder nationalistische Sonderwege. Ich lehne deshalb auch ein Konzept deutscher Neutralität strikt ab. Ein solcher Vorschlag widerspricht der Logik des gesamteuropäischen Einigungsprozesses. Ein vereinigtes Deutschland im Herzen Europas darf keine Sonderstellung einnehmen und damit isoliert werden.

Eine Lösung kann nur im Rahmen des KSZE-Prozesses und durch konsequente Fortführung von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen erreicht werden. Ziel müssen, wie ich vorgeschlagen habe, bündnisübergreifende Sicherheitsstrukturen in Europa sein.

3. Damit berücksichtigen wir auch am besten die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Beteiligten in West und Ost, nicht zuletzt auch der Sowjetunion.

4. Im Gegenzug setzen wir darauf, daß auch sie das Recht des deutschen Volkes auf freie Selbstbestimmung achten und den Prozeß der Vereinigung erleichtern.

Ich begrüße sehr, daß sich Generalsekretär Gorbatschow zu einer verantwortlichen Regelung der deutschen Frage bekennt.

Der Weg zur deutschen Einheit ist kein mechanischer Ablauf, der mit Fahrplan und Stoppuhr geplant oder gar forciert werden könnte. Ein derartiger Versuch wäre im höchsten Grade unhistorisch und unverantwortlich.

Allerdings gilt auch:

Uns allen stehen die Bilder von Demonstrationen vieler Zehntausender, ja Hunderttausender unserer Landsleute in der DDR vor Augen. Ihre Rufe „Wir sind das Volk!“ und „Wir sind ein Volk!“ sind ihr Programm. Sie verfechten es mit immer größerer Ungeduld. Deshalb wäre es genauso unhistorisch, zu versuchen, sich

ihren Interessen und Wünschen zu wider-
setzen.

Notwendig sind vielmehr:

- Das ständige Gespräch mit der Bevöl-
kerung, mit den Oppositionsgruppen und
mit den neuen Parteien;

- zukunftsweisende Signale der Ver-
nunft und Reformbereitschaft. Hierbei
kommt freien, gleichen und geheimen
Wahlen eine Schlüsselbedeutung zu;

- nicht zuletzt brauchen die Menschen
greifbare Verbesserungen im wirtschaftli-
chen und sozialen Bereich: Die Bundes-
regierung ist bereit, hierzu Hilfen in
neuen Größenordnungen zu leisten.

Die Alternativen zu einem Kurs der Ver-
nunft, des Dialogs und der spürbaren
Veränderungen sind mit warnenden Let-
tern an die Wand geschrieben:

- Gefahr von Krisen, die die erste fried-
liche Revolution auf deutschem Boden
überschatten könnten, und

- fortgesetzter Massenexodus, der, je
länger er andauert, die Chancen wirt-
schaftlicher Erholung schwinden läßt.

Gerade hier zeigt sich mit aller Deutlich-
keit: Einzige Garantie der Stabilität ist
eine energische, vorwärtsgerichtete
Reformpolitik.

Ich richte in diesem Zusammenhang auch
die herzliche Bitte an unsere westlichen
Partner, bei dieser Stabilisierung zu hel-
fen.

- Durch Einbeziehung der DDR in
Hilfsmaßnahmen der Europäischen

Gemeinschaft beziehungsweise der
Gruppe der 24, und

- durch Ausbau des besonderen Status,
den die DDR bereits seit den Römischen
Verträgen im Verhältnis zur Europäi-
schen Gemeinschaft genießt: Ich danke
hier dem Präsidenten der EG-Kommis-
sion Jacques Delors für sein besonderes
Engagement.

**Wir Deutschen sind uns wohl
bewußt: Selbst im Rahmen eines
sich enger zusammenschließenden
Europa weckt ein wiederzusammen-
wachsendes Deutschland bei einigen
in Ost und West Bedenken, ja
Befürchtungen. Historische Bela-
stungen mischen sich mit Sorge um
die eigene künftige Position. Jeder
verantwortliche deutsche Politiker
ist gut beraten, diese Gründe und
Motive sehr ernst zu nehmen und
sie nach bestem Vermögen zu ent-
kräften.**

Diese Bundesrepublik ist ein vertrauens-
würdiger Partner beim Bau einer europäi-
schen Friedensordnung. In dieser Frie-
densordnung muß für alle Europäer —
und darin eingeschlossen für alle Deut-
schen — die große Vision Wahrheit wer-
den, die vor über 200 Jahren die amerika-
nische Unabhängigkeitserklärung ent-
warf: „Leben, Freiheit und Streben nach
Glück.“

**Dieses Europa ist die Zukunft aller
Deutschen!**

NRW-CDU richtet Berlin-Büro ein

Die nordrhein-westfälische CDU wird in Kürze in West-Berlin ein Büro einrich-
ten, um von dort aus die in der „Allianz für Deutschland“ zusammengeschlosse-
nen Parteien in ihren Partnerbezirken Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder im
Wahlkampf materiell, technisch und mit Rednern zu unterstützen. Leiter der
neuen Kontaktstelle wird der bisherige Geschäftsführer der NRW-Wirtschafts-
vereinigung, Dieter Lehnen.

Zahlenspiegel

Ein Vergleich der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik

Der Sozialismus in Mittel- und Osteuropa hat Konkurs angemeldet. Daß die zentrale Verwaltungswirtschaft in die Geschichtsbücher gehört, ein Anachronismus ist, geben heute auch die Sozialisten zu. Aber noch immer zählen sie die sozialen Sicherungen zu den „sozialistischen Errungenschaften“. Vergleicht man nüchtern die Zahlen, so bleibt vom Mythos der sozialistischen Sozialstaatlichkeit nichts übrig. Allerdings ist ein Zahlenvergleich zur Zeit nur unter Vorbehalt zu erstellen, da die Zahlen im statistischen Jahrbuch der DDR „geschönt“ sind. So muß man weitgehend auf überprüfbare Bereiche zurückgreifen und ansonsten mit einem kritischen Blick die DDR-Zahlen betrachten.

Einkommen

Die Vergleichszahlen stammen aus dem Jahr 1985, inzwischen ist die Einkommensschiere weiter auseinandergedriftet.

Monatliches Arbeitnehmereinkommen (Durchschnitt)

	Bundesrepublik	DDR
Sozialversicherungsbeiträge	410 DM	65 Mark
Lohnsteuer	455 DM	85 Mark
Nettolohn/-gehalt	1935 DM	850 Mark
Bruttoeinkommen	2800 DM	1000 Mark

Monatliche Durchschnittsrenteneinkommen

	Bundesrepublik	DDR
Altersrenten	1107 DM	371 Mark
Invalitätsrenten	710 DM	379 Mark
Witwenrenten	838 DM	334 Mark
Waisenrenten	261 DM	135 Mark

Einkommen der Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte

	Bundesrepublik	DDR
Arbeitnehmer je Haushalt	3745 DM	1746 Mark
je Haushaltsmitglied	1799 DM	608 Mark
Rentner je Haushalt	2426 DM	630 Mark
je Haushaltsmitglied	1456 DM	445 Mark

Einkommenschichtung des**Monatseinkommens... in Prozent**

	Bundesrepublik	DDR
unter 800 DM/M	0,2	6,5
unter 1200 DM/M	1,8	20,2
unter 1800 DM/M	7,1	57,3
unter 2200 DM/M	15,0	80,0
mehr als 2200 DM/M	85,0	20,0

Kaufkraft

Ein Kaufkraftvergleich sagt mehr über die reale Einkommenssituation aus als ein reiner Zahlenvergleich.

Am deutlichsten wird es, wenn man vergleicht, wie lange man arbeiten muß, um sich etwas kaufen zu können. So muß man für subventionierte Erzeugnisse und Dienstleistungen in der DDR kürzer arbeiten als für dieselben Waren in der Bundesrepublik.

Die Versorgung mit Kartoffeln und Brot zu Niedrigstpreisen geht von einer Ernährung und Lebensgewohnheiten aus, die an Nachkriegszeiten erinnert oder an ausgesprochene Mangelgebiete. Sie entspricht nicht mehr den Lebens- und Ernährungsgewohnheiten eines Mitteleuropäers 1990. Die Subventionen führen zudem zu regelrechten Schildbürgerstreichen. Ein Bauer, der seine zwei privaten Schweine mit Kartoffeln mästet und privat Kartoffeln anbaut, verkauft seine Kartoffeln für 22 Mark an den staatlichen Handel und kauft dieselben Kartoffeln für 11 Mark zurück. Er hat, ohne etwas dafür getan zu haben, 11 Mark verdient. Ähnlich ist es bei anderen subventionierten Lebensmitteln üblich.

Nicht eingehen in einen solchen Vergleich können die Schwierigkeiten, insbesondere der Hausfrauen in der DDR, die tägliche Ernährung durch Schlangestehen und Organisationstalent ein wenig abwechslungsreicher zu gestalten. Es geht nicht ein, daß die Auswahl in den Geschäften, wenn die Waren erhältlich sind, sehr viel geringer als in der Bundesrepublik ist. Auch die Qualität der einzelnen Waren, die in der Bundesrepublik im Durchschnitt höher ist, sieht man den Zahlen nicht an.

Verbraucherpreise und Kaufkraft (1985)

Lebensmittel	DDR	Bundesrepublik
1 Brot, 1 kg	7 Min.	12 Min.
Kartoffeln, 5 kg	10 Min.	18 Min.
Mieten	13 Std./24 Min.	26 Std./32 Min.
Butter	1 Std./39 Min.	36 Min.
10 Eier	36 Min.	10 Min.
1 l Milch	7 Min.	5 Min.
Schweineschnitzel	1 Std./47 Min.	1 Std./1 Min.
Äpfel, 1 kg	15 Min.	9 Min.
Zitronen, 1 kg	54 Min.	16 Min.
Kaffee, 250 g	4 Std./25 Min.	21 Min.
Weinbrand, 0,7 l	5 Std./21 Min.	57 Min.

Dienstleistungen	DDR	Bundesrepublik
öffentliche Verkehrsmittel	2 Min.	8 Min.
Briefporto	3 Min.	2 Min.
Rundfunkgebühren	1 Std./48 Min.	1 Std./16 Min.
Tageszeitung, Abo	1 Std./17 Min.	39 Min.
Industriewaren	DDR	Bundesrepublik
Benzin, 1 l	18 Min.	6 Min.
PKW	4375 Stunden	694 Std./33 Min.
Staubsauger	82 Std./9 Min.	13 Std./32 Min.
Kühlschrank	272 Std./19 Min.	29 Std./54 Min.
Waschvollautomat	491 Std./4 Min.	59 Std./9 Min.
Farbfernsehen	1008 Std./56 Min.	81 Std./34 Min.
Kassettenrecorder	207 Std./9 Min.	13 Std./36 Min.
Bettwäsche, Baumwolle	21 Std./20 Min.	2 Std./43 Min.
Kinderschuhe	7 Std./21 Min.	2 Std./35 Min.
Damenkleid	31 Std./10 Min.	4 Std./44 Min.
Herrenanzug, einfach	69 Std./38 Min.	10 Std./49 Min.
Herrenschuhe	24 Std./1 Min.	5 Std./26 Min.

Arbeitszeit (1988)

In der **Bundesrepublik** werden, abgesehen von gesetzlich festgelegten Höchstarbeitszeiten, Regelungen über die Dauer der Arbeitszeit in Tarifverträgen getroffen.

Die tarifvertragliche regelmäßige Wochenarbeitszeit beträgt für

48 Prozent aller Arbeitnehmer 40 bis unter 41 Stunden

2 Prozent aller Arbeitnehmer 39 bis unter 40 Stunden

25 Prozent aller Arbeitnehmer 38 bis unter 39 Stunden

24 Prozent aller Arbeitnehmer 37 bis unter 38 Stunden

1 Prozent aller Arbeitnehmer 36,5 bis unter 37 Stunden

Die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit beträgt 39,0 Stunden.

In der **DDR** ist dagegen die Dauer der Arbeitszeit gesetzlich festgeschrieben.

Die gesetzliche Wochenarbeitszeit beträgt für

74 Prozent aller Arbeitnehmer 43¼ Stunden

7 Prozent aller Arbeitnehmer 42 Stunden

19 Prozent aller Arbeitnehmer 40 Stunden

Durchschnittliche gesetzliche Wochenarbeitszeit 42,9 Stunden.

Urlaub (1988)

In der **Bundesrepublik** werden die Urlaubsregelungen, abgesehen von gesetzlich festgelegten Mindestleistungen und dem Zusatzurlaub für Schwerbehinderte, in Tarifverträgen getroffen.

Der gesetzliche Mindesturlaub beträgt 18 Werktage.

Für ca. 50 Prozent aller Arbeitnehmer wird in deren Tarifverträgen ein Grundurlaub festgelegt. Dieser steigert sich nach Lebensalter und Betriebszugehörigkeit sowie Tarifgruppe zum durchschnittlichen Endurlaub von 35,4 Werktagen.

Für die andere Hälfte der Arbeitnehmer sehen deren Tarifverträge eine einheitliche Urlaubsdauer von 6 Wochen vor.

Neben dem Grundurlaub wird ein Zusatzurlaub gewährt:

bis zu 3 Arbeitstagen für schwere oder gesundheitsgefährdende Arbeit, in der Regel 1 zusätzlicher Tag je Urlaubswoche, wenn der Arbeitnehmer seinen Urlaub im Winter nehmen muß, 5 Arbeitstage für Schwerbehinderte.

Jugendliche haben einen Mindesturlaub von

25 Werktage im Alter von 17 bis 18 Jahren

27 Werktage im Alter von 16 bis 17 Jahren

30 Werktage im Alter bis zu 16 Jahren im Jahr.

In der DDR sind die Urlaubsregelungen gesetzlich festgelegt.

Der Grundurlaub wird gewährt für

- Vollbeschäftigte Mütter mit zwei Kindern, wenn sie im Schichtdienst arbeiten: 20 Arbeitstage
- Vollbeschäftigte Mütter mit drei oder mehr Kindern: 21 Arbeitstage
- Vollbeschäftigte Mütter mit drei oder mehr Kindern, wenn sie im Schichtdienst arbeiten: 23 Arbeitstage
- Kämpfer gegen den Faschismus und Verfolgte des Faschismus: 27 Arbeitstage

Ein Zusatzurlaub bis zu 5 Arbeitstagen ist für besondere Arbeitserschwerung, Arbeitsbelastung oder besonders verantwortliche Tätigkeit,

von 3 bis 10 Arbeitstagen für Schichtdienst,

von 3 bis 5 Arbeitstagen für Schwerbehinderte, Tbc-Kranke, Blinde,

von 5 Arbeitstagen für Frauen ab 55., Männer ab 60. Lebensjahr vorgesehen.

Jugendliche erhalten einen erhöhten Grundurlaub von 21 Arbeitstagen bis zu 18 Jahren und 24 Arbeitstagen für Lehrlinge.

Umweltbelastung am Arbeitsplatz

Ein weiteres Problem, das aber noch nicht genau qualifizierbar und quantifizierbar ist die hohe Umweltbelastung der Arbeitnehmer in der DDR am Arbeitsplatz. Man geht davon aus, daß jeder 4. Arbeitsplatz stark gesundheitsgefährdend ist. Die Lebenserwartung ist in der Bundesrepublik höher als in der DDR. Man mag eine der Ursachen in der hohen Umweltbelastung am Arbeitsplatz sehen.

Junge Union unterstützt die CDJ

Die Junge Union (JU) will vorrangig die Christlich-Demokratische Jugend (CDJ) in der DDR unterstützen, zu der sich vor allem Mitglieder der dortigen katholi-

schen und evangelischen Jugend zusammengeschlossen haben. In einer vom JU-Bundesvorstand in Bonn veröffentlichten Erklärung wird betont, die bislang vorliegenden Grundsatzpositionen der CDJ stimmten mit denen der Jungen Union „nahezu vollständig“ überein.

Postsparbücher für DDR-Bürger

Postsparbücher erfreuen sich in der Bevölkerung ungewöhnlich großer Beliebtheit: Die Postbank verwaltet mit 40,6 Mrd. DM fast soviel Spareinlagen wie die Deutsche Bank und die Dresdner Bank zusammen (46 Mrd. DM).

Seit einiger Zeit ist zu beobachten, daß auch Bewohner der DDR — vor allem bei grenznahen Postämtern — verstärkt Anträge auf Ausstellung eines Postsparbuches stellen. Im Gegensatz zu der vergleichsweise unkomplizierten Einrichtung eines Postsparbuches für DDR-Bewohner mit einer DM-Einlage — Personalausweis oder Reisepaß der DDR genügt — begegnet die Rückzahlung erheblichen rechtlichen und damit zusammenhängenden praktischen Problemen.

Aufgrund divisenrechtlicher Bestimmungen ist die Rückzahlung von Beträgen aus DM-Konten-DDR beschränkt. Um die Verfügungsbeschränkungen der Devisenbewirtschaftungsgesetze einhalten zu können, wird die gewöhnliche Ausweiskarte zum Postsparcbuch eingezogen und gegen eine Sperr-Ausweiskarte umgetauscht. Dies hat zur Folge, daß von (bundesdeutschen) Postämtern Rückzahlungen nur nach vorheriger Kündigung beim kontoführenden Postsparkassenamt geleistet werden. Dort wird die Antragsberechtigung zum Konto geprüft und festgestellt, ob eine divisenrechtliche Genehmigung für den gekündigten Betrag vorhanden ist.

Erst nach dieser Prozedur kann dem Postkunden aus der DDR der Rückzahlungsbetrag ausgehändigt werden. Rückzahlungen im Ausland sind aus Postsparbüchern mit Sperr-Ausweiskarte nach den mit den ausländischen Postverwaltungen

getroffenen Vereinbarungen überhaupt nicht zugelassen.

Gerhard O. Pfeffermann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Post und Telekommunikation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Daß dieser Zustand denkbar unbefriedigend ist, liegt auf der Hand. Ich appelliere daher dringend an die Deutsche Bundesbank, unverzüglich eine Änderung der divisenrechtlichen Bestimmungen mit dem Ziel zu betreiben, daß es DDR-Bürgern ermöglicht wird, zumindest in der Bundesrepublik frei über ein für sie ausgestelltes und auf DM lautendes Postsparcbuch verfügen zu können. Außerdem sollte von der Deutschen Bundesbank die Möglichkeit der Aufnahme eines Postsparcverkehrs mit der DDR geklärt werden. ■

Haushaltswarenbörse für Aus- und Übersiedler

Zur Unterstützung von Aus- und Übersiedlern hat der CDU-Ortsverband Billigheim-Ingenheim (Südliche Weinstraße) Mitglieder und Bevölkerung dazu aufgerufen, sich telefonisch oder schriftlich bei einer Sammeladresse zu melden und durchzugeben, was sie an Möbeln, Einrichtungsgegenständen, Geschirr, Töpfen, Geräten, Haushaltswäsche, Bettwäsche, Lampen, Gardinen, Teppichen usw. kostenlos abzugeben hätten.

Zusätzlich werden nähere Angaben, z. B. Alter, Farbe, Größe erfragt und auf einer Karte erfaßt. Kopien dieser Karte werden an einem schwarzen Brett in den Zwischenunterkünften von Über- und Aus-siedlern ausgehängt. Die Neubürger können sich, wenn sie eine Wohnung gefunden haben, an Hand dieser Angebote das Passende aussuchen. ■

Wirtschaftsrat:

Gezielte Hilfen für die DDR vor Ort

Der Wirtschaftsrat der CDU will so früh wie möglich in der DDR den ersten Landesverband gründen, sobald die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Dies kündigte Dieter Murmann, Vorsitzender des Wirtschaftsrates nach einem Symposium seiner Organisation über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR an.

Der Wirtschaftsrat unterstütze in der DDR alle politischen und unternehmerischen Kräfte, die auf dem Kurs der Sozialen Marktwirtschaft seien. Dabei gehe es insbesondere darum, Wissen über das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft weiterzugeben. Murmann forderte „Vorruehständler aus dem Management“ auf, sich in die DDR zu begeben und „vor Ort praktisch zu helfen“.

Auf einer Wirtschaftsratstagung hatten sich der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs, Wolfgang Schnur, sowie Generaldirektoren volkseigener Betriebe aus Magdeburg und Dresden für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR und ein Ende der „Kommandowirtschaft“ ausgesprochen. Schnur sagte, eine von seiner Organisation geführte Regierung würde nach den Wahlen als ersten Schritt die Privatisierung der großen Kombinate einleiten. Schon jetzt müsse die Währungsfrage geklärt werden.

Der Präsident des vor knapp zwei Wochen neugegründeten Unternehmerverbandes der DDR, Rudolf Stadermann, erklärte, Hauptziel des 5.000 Mitglieder zählenden Verbandes von kleinen und Mittelbetrieben sei der Übergang zur freien Marktwirtschaft. Die Organisation

sei aus der „Partisanenbewegung“ der Handwerker und Gewerbetreibenden gegen die „Chaoswirtschaft des Sozialismus“ entstanden.

Trotz der „Schrott-Technik“ in den privaten Betrieben sei die Arbeitsproduktivität 1989 hier dreimal höher gewesen als in volkseigenen Betrieben. Die durchschnittliche Auslastung der Arbeitszeit in volkseigenen Betrieben habe nach einer Erhebung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes vom April letzten Jahres nur 3,6 Stunden pro Tag betragen.

Großes Interesse an ideologiefreien Schulbüchern

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat alle allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in der Bundesrepublik aufgefordert, eine Auswahl von Schulbüchern, Lehrplänen und Ausbildungsordnungen an DDR-Schulen zu senden.

Auf diese Weise, so DL-Präsident Josef Kraus, könne den Schulen in der DDR rasch und unbürokratisch ein Grundstock an fachlich und didaktisch anspruchsvollen sowie an ideologiefreien Büchern für die Schüler- oder Lehrerbibliothek verfügbar gemacht werden.

Nach Auffassung des Deutschen Lehrerverbandes, dem selbst viele Anfragen aus der DDR vorliegen, besteht in den Schulen und Lehrerkollegien der DDR ein erhebliches Interesse an Beispielen bundesdeutscher Schulbücher und Lehrpläne. Nach Jahrzehnten der Einheitlichkeit und Ideologiebefrachtung im DDR-Schulwesen habe man dort jetzt größten Bedarf an fachlich und didaktisch vielfältig strukturierten Unterrichtshilfen.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Büro in Berlin findet lebhaftes Interesse

Das Büro, das die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin eingerichtet hat, stößt bei der Öffentlichkeit in der DDR und in Ost-Berlin sowie bei den DDR-Parteigruppierungen der Mitte auf äußerst lebhaftes Interesse.

Gerade die Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 22./23. Januar hat eine Katalysatorwirkung für die Zusammenarbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Ost-CDU, dem Demokratischen Aufbruch, der DSU und der Forumspartei gebracht.

Friedrich Bohl, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Jetzt geht es darum, dem sich entwickelnden Parlamentarismus in Mitteldeutschland Hilfestellung zu leisten. In der DDR herrscht, wie unserem Büro immer wieder verdeutlicht wird, besonderer Informations- und Aufklärungsbedarf zu folgenden Themen: Freiheitlich Demokratische Grundordnung, Soziale Marktwirtschaft, Wahlrecht, Wiedervereinigung und Umweltschutz.

Das Berliner Büro der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat es deshalb u. a. übernommen, für eine Reihe von Informationsveranstaltungen in Potsdam zu sorgen. Bundestagsabgeordnete der Union — neben sonstigen fachkundigen Referenten — werden folgende Veranstaltungsreihe unterstützen:

- Idee, Prinzip und Gestaltung einer freiheitlich demokratischen Grundordnung,
- Soziale Marktwirtschaft — wie funktioniert das?

- Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb — wie sieht das aus?
- Verhältniswahlrecht — wie funktioniert das?
- Fragen zur kommunalen Selbstverwaltung und zum föderalen Status der Länder,
- Fragen des Umweltschutzes, der Ökologie und praktischer Möglichkeiten der Bürger in diesem Bereich initiativ zu werden.

Die Veranstaltungen werden ab 6. Februar 1990 im 14tägigen Rhythmus in Potsdam durchgeführt.

Es ist dringend geboten — so der Parlamentarische Geschäftsführer Friedrich Bohl —, Grundfragen der politischen Zukunft in der DDR zu diskutieren. Es geht hierbei auch insbesondere darum, den Bürgern in der DDR Unsicherheit und Zukunftsangst zu nehmen und sie auch auf die parlamentarische Demokratie vorzubereiten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird dazu ihren Beitrag leisten. ■

Wendepartei im Westen

Zu Auftritten des SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brand und anderer Bonner SPD-Prominenz im DDR-Wahlkampf Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling (Deutsche Soziale Union):

„Wir haben eine Wendepartei im Westen vor uns. Sie ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man das, was man früher gesagt hat, heute plötzlich leugnet. Für viele Menschen hier bei uns in der DDR ist die SPD immer ein Problem gewesen. Ihre Anerkennungspolitik gegenüber der DDR war für uns eine Katastrophe, jedenfalls im emotionalen Bereich. Wir haben es nie begriffen. Wir haben es abgelehnt.“

Rot-grüner Senat hat blühende Forschungslandschaft übernommen

Anlässlich der Vorlage eines Berichtes zur Forschungslandschaft Berlin erklärt der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer:

Der Bericht des Bundesforschungsministers zur Lage der Forschung in Berlin zeigt, daß der rot-grüne Senat des Regierenden Bürgermeisters von Berlin eine blühende Forschungslandschaft übernommen hat. Berlin hat eine herausragende Stellung im gesamten deutschen Forschungs- und Entwicklungsbereich, die sich in folgenden Zahlen ausdrückt:

- Über 200 Forschungseinrichtungen und 11 Hochschulen mit über 20.000 Wissenschaftlern
- Über 100.000 Studenten und damit größte deutsche Universitätsstadt
- Jährlich zwei Mrd. DM, die für Wissenschaft und Forschung ausgegeben werden.

Die Gesamtaufwendungen des Bundesforschungsministers für Berlin wuchsen von 229 Mio. DM im Jahre 1982 auf 382 Mio. DM im Jahre 1988. Daneben ist anzumerken, daß die sog. Berlin-Präferenz, das ist der 10prozentige Zuschlag zu den Fördersätzen für Forschungsprojekte in Berlin, zuletzt 1989 verlängert wurde.

Fazit: Die Behauptung Berliner Regierungsstellen, der Bund würde Berlin möglicherweise wegen des jetzt rot-grünen Senats in der Forschung vernachlässigen, trifft nicht zu.

Demgegenüber geben die rot-grünen Koalitionsvereinbarungen in Berlin Anlaß zur Sorge hinsichtlich der Konti-

nuität der erfolgreichen Forschungspolitik und des sachgerechten effizienten Einsatzes der Forschungsmittel. Dabei stehen insbesondere folgende Aussagen und Entscheidungen des rot-grünen Senates im Vordergrund:

- Die erst 1987 gegründete West-Berliner Akademie der Wissenschaften soll wieder aufgelöst werden.
- Der Übergang des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens für den Berliner Forschungsreaktor von der Senatsverwaltung für Wirtschaft auf die für Stadtentwicklung und Umweltschutz zuständige Senatsverwaltung (unter Führung der AL).
- Die Magnetbahn in Berlin sollte keine weiteren Mittel mehr bekommen.
- Aufgabe des Berliner Verkehrsleit- und Informationssystems.

Schlüsseltechnologien wie z. B. die Telekommunikation, Informationstechnik, Bio- und Gentechnologie, d. h. alles Gebiete, auf denen in den 80er Jahren in Berlin erhebliche Erfolge in Forschung und Entwicklung erreicht werden konnten, fanden dagegen keine positive Erwähnung und lassen negative Entwicklungen erwarten.

Hilfe in Magdeburg

Der Europa-Abgeordnete Münch richtet für die niedersächsische CDU eine Außengeschäftsstelle in Magdeburg ein. Dort will er bis zu den Wahlen am 18. März das bürgerliche Aktionsbündnis aus DSU, Demokratischem Aufbruch und Ost-CDU unterstützen.

Leitsätze zu Aufgaben und Arbeitsbedingungen der Polizei

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU hat nach intensiven Beratungen Ende des Jahres „Leitsätze zu Aufgaben und Arbeitsbedingungen der Polizei“ verabschiedet. Dazu erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Innenpolitik, Johannes Gerster: Die Arbeitsbelastung der Polizei hat durch die gewachsenen Aufgaben einen Umfang erreicht, der zu beruflicher Unzufriedenheit und damit zu Qualitätsverlust führt. Die Leidtragenden sind auch die Bürger. Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU fordert deshalb, die Arbeitsbedingungen der Polizei zu verbessern, und konkretisiert seine Forderungen in den folgenden Punkten:

1 Die CDU fordert Klarheit und Konsens über Aufgaben und Selbstverständnis der Polizei:

- Die Polizeien von Bund und Ländern haben sich in den 40 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik Deutschlands als zuverlässige Garanten von Freiheit, Demokratie und sozialem Rechtsstaat erwiesen. Den Beamten und sämtlichen Beschäftigten bei den Polizeien des Bundes und der Länder schulden wir Dank und Anerkennung für ihren aufopferungsvollen Dienst, den sie nicht selten unter Gefahr für Leib und Leben zum Wohle aller verrichten.
- Die Polizei hat tagtäglich Partei zu ergreifen für das Recht und gegen das Unrecht, für den Inneren Frieden und gegen Selbstjustiz, für die Freiheiten des einzelnen und gegen Gewalt. Damit Polizei Frieden stiften und Recht wahren kann, müssen Gesellschaft und Staat sich

zu den Werten unseres Grundgesetzes bekennen und muß dieser Grundbestand in Erziehung und Schule vermittelt werden. Rechtsfreie Räume, wie in der Hamburger Hafenstraße oder der Düsseldorfer Kiefernstraße, dürfen nicht geduldet werden. Es darf kein Paktieren mit dem Unrecht geben. Die Rechtsordnung beansprucht Allgemeinverbindlichkeit für alle Bürger in gleicher Weise. Davon darf es keine Ausnahme geben. All denjenigen, die Gewalt verharmlosen, Unrecht leugnen und Straftaten beschönigen, muß eine deutliche Absage erteilt werden.

- Der Polizei fällt in einer freiheitlichen Demokratie eine wichtige Rolle zu: Sie ist Garant des Inneren Friedens, sie schützt die Schwachen. Im demokratischen Rechtsstaat ist die Polizei nicht Büttel der Herrschenden oder Zwangsinstrument einer Mehrheit. Die Polizei in der Demokratie dient allen Bürgern, ihren Rechten und Freiheiten. Deshalb ist allein die Polizei berechtigt, notfalls mit Gewalt gegen Rechtsbrecher und Störer der öffentlichen Sicherheit vorzugehen.

Die Polizei hat die Rechte und Freiheiten der Bürger ohne Ansehen der Person gegen rechtswidrige Angriffe zu schützen. Ebenso hat sie in unserer Demokratie die Durchsetzung rechtmäßig getroffener Entscheidungen zu ermöglichen. Sie ergreift Partei einzig und allein für Recht und Gesetz. Wenn sie in dieser Weise dort tätig wird, wo einzelne sich rechtmäßig getroffenen Entscheidungen widersetzen, ist es falsch zu behaupten, politische Konflikte würden auf ihrem Rücken ausgetragen. Wer nach Änderung politischer Entscheidungen wie z. B. im Falle Wak-

kersdorf behauptet, die Politik habe die Polizei schmähdlich im Stich gelassen, verkennt die Aufgabe der Polizei in unserem demokratischen Rechtsstaat.

2 Die CDU ist der Auffassung, daß sich die Politik für die Innere Sicherheit in den nächsten Jahren insbesondere folgenden Problemen stellen muß:

- Die organisierte Kriminalität — insbesondere die Rauschgiftkriminalität — bedroht ernsthaft unsere freiheitliche Gesellschaft.
- Die Bedrohung unseres Gemeinwesens durch den Terrorismus hält nach wie vor an. Die Terrorismusbekämpfung bleibt eine wichtige Aufgabe und Herausforderung.

Die Erhaltung des hohen Leistungsstandards unserer Polizei ist ein zentrales Anliegen aller friedliebenden Bürger unseres Landes. Die CDU wird auch weiterhin dafür sorgen, daß der Beruf des Polizeibeamten nicht an Attraktivität einbüßt.

rung. Dabei sind national und international alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten konsequent zu nutzen.

- Das Zusammenrücken der europäischen Staaten, der gemeinsame Binnenmarkt sowie der vereinbarte Abbau der Grenzkontrollen stellen der Polizei neue Aufgaben, die nicht mit den herkömmlichen Strukturen bewältigt werden können.
- Die mit dem Volkszählungsurteil aufgekommene Tendenz, dem Datenschutz absoluten Vorrang vor anderen zu schützenden Rechtsgütern einzuräumen, darf

nicht zur Lähmung von Polizeien und Staatsanwaltschaften bei Verhinderung, Abwehr und Verfolgung von Straftaten führen. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

- Die Arbeitsbelastung der Polizei hat durch die gewachsenen Aufgaben einen Umfang erreicht, der zu beruflicher Unzufriedenheit und damit zu Qualitätsverlust führt. Die Leidtragenden sind auch die Bürger, weil ihnen weniger Innere Sicherheit gewährt werden kann. Arbeitsbedingungen und Besoldung der Angehörigen der Polizeien sind deshalb zu verbessern und der Belastung anzupassen.

3 Die CDU wird das folgende Aktionsprogramm verwirklichen:

- Die Polizeibeamten und anderen Angehörigen der Polizeien haben in besonderem Maße Anspruch auf die Fürsorge ihrer Dienstherren. Deshalb fordert die CDU:
 - ▶ Rechtsschutz bei Verfahren gegen Polizeibeamte, wenn dienstliches Handeln den Verfahren gegen Polizeibeamte zugrunde liegt,
 - ▶ Schutz der Polizeibeamten in der Öffentlichkeit und im Gerichtsverfahren vor Bloßstellung und Herabwürdigung,
 - ▶ besondere Wohnungsfürsorge beim Dienst in Ballungsgebieten,
 - ▶ verbesserte Unterbringung und Versorgung bei Einsätzen,
 - ▶ altersgemäße Verwendung,
 - ▶ Abbau der Überstunden und planbare Freizeit,
 - ▶ Verbesserung der persönlichen Schutzausrüstung,
 - ▶ Einrichtung von Polizeistiftungen nach dem Beispiel Baden-Württembergs, Niedersachsens und Hessens zur Betreuung der Polizeibediensteten

und ihrer Angehörigen in unverschuldeten Notfällen.

- Die Besoldung der Polizeivollzugsbeamten und der übrigen Angehörigen der Polizeien ist zu verbessern durch
 - ▶ Erhöhung der Polizeizulage auf 200 Mark monatlich sowie Ruhegehaltshöhe dieser Zulage,
 - ▶ Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (Wochenenddienste, Schichtdienste),
 - ▶ Einführung einer Zulage für verdeckt ermittelnde Polizeibeamte,
 - ▶ deutliche Verbesserung der Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten in allen Laufbahngruppen,
 - ▶ Anhebung und Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen,
 - ▶ Leistungsgerechte Einstufung der Polizei (auch im europäischen Vergleich).
- Auftrag, Organisation und Einsatz der Polizeien sind neuen Belastungsschwerpunkten anzupassen:
 - ▶ Die Polizei muß von nicht-polizeispezifischen Aufgaben entlastet werden. Wenn Teile der vollzugspolizeilichen Aufgaben nicht anderen übertragen werden können, sind die Schwerpunkte polizeilicher Arbeit neu festzulegen. Danach ist für den Einsatz der Schutz- und Kriminalpolizei ein Gesamtkonzept zu erstellen.
 - ▶ Zur Entlastung der Kriminalpolizei sind z. B. der Schutzpolizei nach entsprechender Fortbildung und Personalausstattung vermehrt Sachbearbeitungsaufgaben zu übertragen.
 - ▶ Die Aufgabenverteilung zwischen Bundes- und Länderpolizeien muß angesichts der Notwendigkeit grenzüberschreitender Polizeiarbeit und angesichts der besonderen Herausforderungen durch organisierte Kriminalität und Rauschgiftkriminalität über-

dacht werden. Zum Beispiel könnten die vollzugspolizeilichen Aufgaben auf Flughäfen von der Bundespolizei übernommen werden.

- Das Programm zur Inneren Sicherheit aus dem Jahre 1974 ist fortzuschreiben und zu ergänzen durch
 - ▶ eine Bund-Länder-Konzeption zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität,
 - ▶ ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität,
 - ▶ wirksame, mit den europäischen Partnerstaaten abgestimmte Maßnahmen

Personalien

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU hat einen neuen Vorstand: Zum Vorsitzenden wurde einstimmig der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Johannes Gerster**, gewählt. Er tritt die Nachfolge des ehemaligen Berliner Innensenators Prof. Dr. **Wilhelm A. Kewenig** an. Zu Stellvertretern Gersters wählte der Bundesfachausschuß einstimmig den innenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, **Heinz Paus**, und den Staatssekretär im Hessischen Innenministerium, **Reinhold Stanitzek**.

als große gemeinschaftliche Anstrengung, damit auch nach dem Abbau der Grenzkontrollen die Innere Sicherheit gewährleistet bleibt.

- Die Novellierung der Strafprozeßordnung und der Polizeigesetze ist voranzutreiben, damit die notwendigen Rechtsgrundlagen für eine wirksame Sicherung des Inneren Friedens angesichts neuer, hochgefährlicher Verbrechensformen geschaffen werden. Insbesondere sind zu regeln

- ▶ der Einsatz verdeckter Ermittler und V-Leute,
- ▶ der Informationsaustausch zwischen den Polizeien, mit den Staatsanwaltschaften, mit anderen staatlichen Behörden und den Nachrichtendiensten sowie den entsprechenden Stellen in den Partnerstaaten,
- ▶ der Persönlichkeitsschutz der Bürger im Zusammenhang mit Vorbeugung und Verfolgung von Straftaten einschließlich dem Datenschutz,
- ▶ die notwendigen Ermittlungsmaßnahmen, insbesondere um organisiertes Verbrechen, Rauschgiftkriminalität und andere gemeingefährliche Verbrechensformen wirksam bekämpfen zu können,
- ▶ der finale Rettungsschuß.

Die gesetzlichen Neuregelungen müssen klar und praxisnah formuliert sein und bundesweit einheitlich gelten. Für die Union hat das Interesse des Einzelnen an Anonymität keinen Vorrang vor wirksamer Vorbeugung und Verfolgung von organisierter Kriminalität und Rauschgiftkriminalität.

Norbert Blüm erhielt den Heinrich-Brauns-Preis

Arbeitsminister Norbert Blüm hat in Essen aus der Hand des Ruhrbischofs Kardinal Franz Hengsbach den Heinrich-Brauns-Preis entgegengenommen. Die 1978 vom Essener Bischof gestiftete, mit 10000 Mark dotierte Auszeichnung wird alle zwei Jahre für Verdienste um die katholische Soziallehre und die christlich-soziale Bewegung verliehen. Sie soll an den Essener Kaplan Heinrich Brauns erinnern, der als Reichsarbeitsminister von 1920 bis 1928 Grundlagen für die heute noch gültige Sozialversicherung schuf.

Zahl der Verkehrstoten rückläufig

1989 hat die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten mit ca. 7.900 den niedrigsten Stand seit Bestehen der Verkehrsstatistik im Jahre 1953 erreicht. Der Rückgang der Verkehrstoten ist um so höher zu werten, da die Zahl der Kraftfahrzeuge 1989 um 3 Prozent auf über 34 Mio. anstieg und der Verkehr insgesamt um 4,4 Prozent, auf den Autobahnen sogar um 6,5 Prozent zunahm.

Diese Zahlen beweisen, daß die ungünstigeren Ergebnisse des Jahres 1988 keine Trendwende bei der Entwicklung der schweren Unfallfolgen darstellen, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer.

Als Ursache dieser erfolgreichen Entwicklung, sind neben der im Bereich Verkehrssicherheit wirkenden Organisationen auch die positiven Effekte des Führerscheins auf Probe und des Stufenführerscheins hervorzuheben. So zeigen die jetzt vorgelegten ersten umfangreichen Untersuchungen, daß der Führerschein auf Probe bundesweit zu einem Rückgang der Unfälle bei 18jährigen männlichen Pkw-Fahrern um ca. 6 Prozent führte, bei Pkw-Fahrerinnen um etwa 4 Prozent.

Trotz der günstigen Ergebnisse für 1989 muß der Kampf gegen den Verkehrstod und das gesamte Unfallgeschehen fortgesetzt werden. Hierbei kommt es darauf an, die Hauptunfallursachen

- zu hohe Geschwindigkeit
- nichtausreichender Sicherheitsabstand
- Alkohol im Straßenverkehr stark einzudämmen.

Asylbewerberzahlen Januar 1990

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat Januar 1990 13.256 Asylbewerber (Vormonat: 10.473 Personen) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Türkei	2.581 (Vormonat: 2.175)
Jugoslawien	2.323 (Vormonat: 1.756)
Vietnam	1.921 (Vormonat: 818)
Polen	1.176 (Vormonat: 1.141)
Libanon	969 (Vormonat: 868)
Iran	464 (Vormonat: 459)

Die für den Beginn des Jahres hohe Asylbewerberzahl ist vor allem auf den hohen Zugang von vietnamesischen Asylbewerbern zurückzuführen, darüber hinaus auf die steigenden Zugänge aus der Türkei und Jugoslawien. Die vietnamesischen Asylbewerber sind überwiegend zum Jahreswechsel aus der DDR aufgrund der offenen Grenzen unkontrolliert in das Bundesgebiet sowie nach West-Berlin eingereist.

Die DDR hat inzwischen versichert, die dort lebenden Ausländer an der Grenze zurückzuweisen, wenn diese nicht über gültige Einreisedokumente für die Bundesrepublik Deutschland verfügen. Insofern kann hier mit einem Rückgang der Asylbewerberzahl gerechnet werden.

Gleichfalls besteht die Hoffnung, daß durch die Einführung der Visumpflicht für türkische Staatsangehörige in Österreich seit 17. Januar d. J. künftig die Zahl der türkischen Asylbewerber zurückgeht. Als Problem bleibt allerdings die hohe Zugangszahl jugoslawischer Asylbewerber.

Auf die Staaten Osteuropas entfielen im Januar 1.688 Asylbewerber. Das ist ein Anteil von 12,7 Prozent an der Gesamtzahl der Asylbewerber. Im Dezember

1989 betrug der Anteil noch 14,6 Prozent. Im Januar hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge über die Anträge von 13.820 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 437 Personen; das entspricht einer Anerkennungsquote von 3,2 Prozent. Damit ist die Anerkennungsquote weiter zurückgegangen (1989: 5,0 Prozent, 1988: 8,6 Prozent). ■

Höhere Renten für Kriegsoffer

Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm den Entwurf eines Gesetzes über die neunzehnte Anpassung der Leistungen der Kriegsofferversorgung beschlossen.

Danach sollen die Renten der fast 1,4 Millionen Versorgungsberechtigten — vor allem Kriegs- und Wehrdienstopfer, aber auch z. B. Impfgeschädigte sowie Opfer von Gewalttaten — zum 1. Juli 1990 um voraussichtlich 3,3 Prozent erhöht werden.

Der Anpassungssatz — der sich im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens aufgrund neuer statistischer Daten noch geringfügig ändern kann — wird dem Anstieg der verfügbaren Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. 7. 1990 entsprechen. Er folgt der Lohnentwicklung des vergangenen Jahres.

Damit wird der bewährte Anpassungsverbund zwischen der Kriegsofferversorgung und der gesetzlichen Rentenversicherung fortgeführt. In diesem Jahr ist dabei von Bedeutung, daß dank der Erfolge des Gesundheitsreformgesetzes zum ersten Mal seit sechs Jahren der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner sinken wird. ■

Außenwerbung im Wahlkampfjahr 1990

Das Jahr 1990 wird durch entscheidende Wahlkämpfe geprägt. Wir stellen Ihnen daher schon zu Beginn des Jahres wieder interessante Angebote zur Außenwerbung vor. Als Neuheit im Angebot stellen wir dieses Mal auch preiswerte Alternativen in Holz vor.

Nr.	Artikel	Format	Gesamthöhe	Preis je Stück
Abb. 1 a	NEU! Einzelstellfläche (Vierkantholz/Hartfaserplatte)	A1	1,40 m	15,— DM
		A0	1,60 m	22,— DM
Abb. 1 b	NEU! Dachständer (Vierkantholz/Hartfaserplatte mit Aufhaltesperre)	A1	1,40 m	30,— DM
		A0	1,60 m	54,— DM
o. Abb.	NEU! Dreieckständer (Vierkantholz/Hartfaserplatte)	A1	1,40 m	58,— DM
		A0	1,60 m	79,— DM
Abb. 2	Dreieckständer (Stahlrohrgestänge)	A1	1,39 m	119,— DM
	Dreieckständer (mit PVC-Scheiben)	A1	1,39 m	163,— DM
	Dreieckständer (mit PVC-Scheiben)	A1	1,62 m	170,— DM
	Dreieckständer (Stahlrohrgestänge)	A0	1,62 m	146,— DM
	Dreieckständer (mit PVC-Scheiben)	A0	1,62 m	223,— DM
Abb. 3 a	Mastanhänger (mit PVC-Hülle und Kunststoffträgerplatte)	A1		14,25 DM
Abb. 3 b	Mastanhänger mit Stahlblechplatte (durch Karabinerhaken befestigt)	A1		18,— DM
Abb. 3 a—3 b	Schnellspannband für Mastanhänger beliebig oft wiederverwendbar (pro Mastanhänger werden 2 Bänder benötigt)			—,90 DM

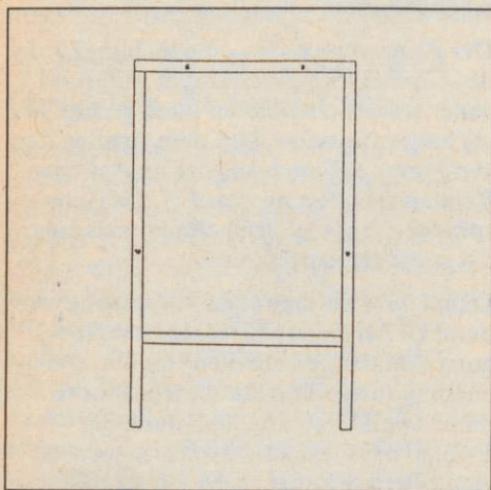


Abb. 1 a: Einstellfläche aus Vierkantholz und Hartfaserplatte

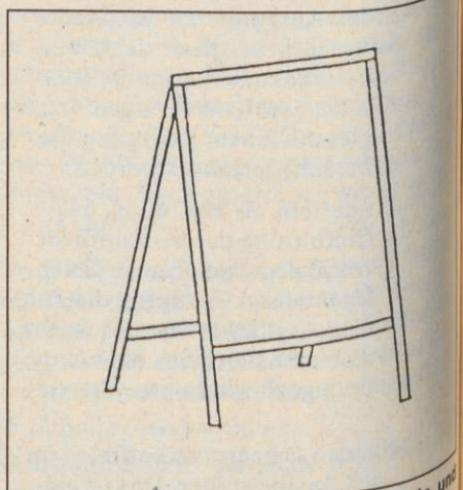


Abb. 1 b: Dachständer aus Vierkantholz und Hartfaserplatte

Alle Preisangaben inkl. MwSt. zuzügl. Versand.

Alle Artikel sind zu diesen Konditionen nur über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, zu bestellen. Die Berechnung erfolgt direkt vom Hersteller.

Bestellungen bitte an:

CDU-Bundesgeschäftsstelle

Abt. Information

Friedrich-Ebert-Allee 73—75

5300 Bonn 1

Telefon (02 28) 5 44-379



Dreieckständer aus feuerverzinktem Stahlrohrgestänge (2)



Mastanhänger mit PVC-Hülle und Kunststoffträgerplatte (3a)



Mastanhänger mit Stahlblechplatte und Karabinerhaken (3b)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Jetzt im Versandzentrum!

Der Aufkleber und das Plakat mit dem Aufdruck „Wir sind ein Volk“ sind jetzt in beliebiger Auflage beim IS-Versandzentrum erhältlich

Aufkleber

Bestell-Nr.: 9210

Mindestbestellmenge: 200 Expl.

Preis je 200 Expl.: 20,— DM

Plakat DIN A1

Bestell-Nr.: 7211

Mindestbestellmenge: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 30,— DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

5/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421, Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM, Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.